

ligen Kolonien und Mandatsgebieten in Schwarzafrika, wenn es auch noch die Querverbindungen in Afrika stärker berücksichtigen würde, also auch die Rolle Frankreichs in den afrikanischen Staatenorganisationen darstellte, wäre es nicht nur ein gutes, sondern ein ganz vorzügliches Buch. Dieter Schröder

ARISTIDE R. ZOLBERG

One-Party Government in the Ivory Coast

Revised Edition

Princeton, New Jersey

Princeton University Press, 1969, XII, 400 Seiten

AHMED MAHIU

L'Avènement du Parti Unique en Afrique Noire.

L'expérience des Etats d'expression française

Bibliothèque Africaine et Malgache,

Droit et Sociologie Politique, Tome III

Paris, Librairie générale de droit et de jurisprudence, 1969, VI, 421 Seiten

1969, VI, 421 Seiten

Zolbergs Monographie über die Elfenbeinküste — 1964 erstmalig erschienen — gehört zu den Standardwerken der Literatur über den afrikanischen Einparteiensstaat. Die Neuauflage ergänzt das im übrigen unveränderte Werk um eine Einführung und einen 23 Seiten langen Anhang, der die Entwicklung der Elfenbeinküste bis 1968 verfolgt.

Manche Züge, die der amerikanischen Literatur zu diesem Thema eigentümlich sind, lassen sich auch bei Zolberg, einem Schüler David Apter's, wiederfinden, ohne daß sie sein Werk charakterisierten: die (aus der Übertragung amerikanischer Erfahrungen zu erklärende) Überbetonung der Bedeutung der „national integration“ oder des „nation-building“ in der afrikanischen Politik, die besondere Hervorhebung der Funktionen der „charismatic authority“, die auf Apter zurückgeht, oder die Verwendung der Denkvorstellungen der „school of functional analysis“, die Gabriel Almond auf die Dritte Welt übertragen hat.

Mit der europäischen gemein hat die amerikanische Literatur die Diskussion um Demokratie und Einparteiensystem, den häufig angestellten unfruchtbaren Versuch, den afrikanischen Einparteiensstaat mit den Maßstäben der liberalen Demokratie zu messen. In der Einführung zur Neuauflage setzt sich Zolberg kritisch mit dieser Diskussion auseinander, deren Fragestellung insbesondere in der Einleitung und im Schlußkapitel der ersten Auflage aufgeworfen werden. Er macht deutlich, daß er seine Untersuchung besser „Integration and Conflict in a Modernizing Polity: A Study of the Ivory Coast“ genannt hätte, um sein eigentliches Vorhaben und den besseren Ansatz zum Verständnis der politischen Entwicklung afrikanischer Staaten anzukündigen: Das Studium der politischen Modernisierung der Elfenbeinküste — der soziologischen Vorbedingungen, der Eigenschaften der politischen Elite, der Art, wie diese die anstehenden Aufgaben in Angriff nimmt, usw. — unter Vermeidung verfrühter Abstraktionen und mit geschärftem Blick für Wesen und Eigenart des untersuchten Gegenstandes.

Der erste Teil gibt einen Überblick über die frühere Entwicklung. Er schildert die ethnische Vielfalt der traditionellen Bevölkerung der Elfenbeinküste, die Einflüsse der Kolonialherrschaft sowie die Ursprünge der politischen Organisationen und die Quellen des afrikanischen Nationalismus. Die Verhältnisse in der Elfenbeinküste ähneln insoweit denen im übrigen Westafrika.

Im Anschluß verfolgt der Autor im wesentlichen die Entwicklung der Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI) unter den sich wandelnden Institutionen der Französischen Union, den Ausbau ihrer politischen Vorherrschaft in der Periode der Diarchie, insbesondere seit 1956, und die zögernden Schritte des indigenen Regimes auf dem Weg zur vollen Unabhängigkeit von 1958 bis zum August 1960.

Im achten Kapitel schildert Zolberg die Institutionalisierung des Einparteiensystems in der Elfenbeinküste. Im grund-

sätzlichen werden hier die Wege beschritten, denen man auch in anderen Staaten Schwarzafrikas folgt. Ein starker Präsident und ein geschwächtes Parlament, die in der Verfassung von 1960 vorgesehen werden, sollen Stabilität verbürgen. Von einem Wettbewerb unter mehreren politischen Parteien verspricht man sich nur Uneinigkeit; Einigkeit und Stärke werden als synonym mit ungeteilter Unterstützung der PDCI verstanden. Restriktive Verfassungsauslegung, enge Strafvorschriften zum Schutze der öffentlichen Ordnung und schließlich eine Änderung des Wahlverfahrens erübrigen ein Verbot der Opposition.

Die Institutionalisierung des Einparteiensystems, ausgerichtet auf die starke Persönlichkeit Félix Houphouët-Boignys, wird mit der überwältigenden Last der Modernisierungsaufgaben gerechtfertigt. Die Anstrengungen des Regimes, den sozialen Wandel einzuleiten, werden im neunten Kapitel dargestellt. Sie sind, wie sich zusammenfassend sagen läßt, unideologisch und ohne umfassende Zukunftspläne an den konkreten Aufgaben orientiert und haben der Elfenbeinküste den Ruf eingetragen, im Unterschied zu den „revolutionären“ ein „pragmatischer“ Einparteiensstaat zu sein.

Der Anhang der Neuauflage erfaßt den Zeitraum von 1962 bis 1968. Schon in der Einleitung zur ersten Auflage unterstrich Zolberg unter Berufung auf die von Lewis Coser neuformulierte Konflikttheorie Georg Simmels die Bedeutung der ethnischen Antagonismen für die politische Entwicklung der Elfenbeinküste. Als eine der Hauptursachen der schweren Staatskrise, die von Mitte 1962 bis Mitte 1964 die Elfenbeinküste erschütterte, kann Zolberg wieder die fortdauernden ethnischen Spannungen aufdecken, die sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierung noch verschärfen können. Das konfliktreiche Verhältnis der nationalistischen Gründergeneration und der vielfach besser ausgebildeten Generation der potentiellen Nachfolger ist ein anderer Ursprung der Krise; unterschiedliche ideo-

logische Konzeptionen sind dabei wie in anderen afrikanischen Staaten eher von akzidenteller Bedeutung.

Das Regime reagierte auf die Krise mit Reorganisationen der Parteistruktur, scheint sich aber langfristig in stärkerem Maße auf die Entwicklung einer effektiven Staatsbürokratie nach französischem Vorbild zu verlassen.

Zolberg kommt zu dem Ergebnis, daß heute politische Herrschaft und Teilhabe an der Politik für den Augenblick ein ausgewogenes Verhältnis gefunden haben. Einen Ausdruck findet das in der Entstehung einer neuen Institution als Mittelpunkt des politischen Lebens, eines nationalen Rates, einer Art *Etats Généraux*, unter deren 400 bis 800 Mitgliedern alle wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten sind. Diese Versammlung soll den Präsidenten über die Probleme des Landes informieren und seine Ratschlüsse in alle Bereiche der Gesellschaft vermitteln.

Auf wirtschaftlichem Gebiet kann die Elfenbeinküste im Gegensatz zu anderen afrikanischen Staaten dank einer auf wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis (auch den ausländischer Überfremdung) ausgerichteten Wirtschaftspolitik die größte Wachstumsrate im tropischen Afrika verzeichnen. Ob man deswegen von einem „Wachstum ohne Entwicklung“ sprechen kann, läßt Zolberg offen. Wie dieses Wachstum auf die politischen Verhältnisse zurückwirkt, insbesondere gesellschaftspolitische Entscheidungen präjudiziert, kann Zolberg nur andeuten. Die Probleme der Modernisierung dieses Bereichs, auf dem die Elfenbeinküste eine Entwicklungslücke aufweist, sind bisher wenig untersucht worden.

Mahiou hat es unternommen, dem nach seiner Auffassung fundamentalen politischen Phänomen der letzten zehn Jahre in den jungen Staaten Afrikas auf den Grund zu gehen: der Ausbildung des Einparteiensystems. Die Arbeit berücksichtigt die fünfzehn Staaten des ehemaligen französischen Herrschaftsbereiches südlich der Sahara.

Der Verfasser ist Algerier; er kennt die angloamerikanische Literatur, weiß sich aber theoretisch und methodisch der französischen Tradition verpflichtet. Ausgehend von der politischen Realität der „parti unique“ in Afrika untersucht er pragmatisch (den Ursachen nachgehend) ihre Entwicklung und verarbeitet systematisch die Fülle des Materials. Dieses Verfahren bewährt sich besonders im 2. Teil (Gründe und Faktoren der Entwicklung zur Einheitspartei), in dem der Autor es vermeidet, sich im theoretischen Für und Wider der ausgedehnten Einparteiendiskussion zu verlieren, und liefert im 3. Teil (Das Ergebnis der Entwicklung) überraschende Einsichten in das Wesen dieser Parteien.

Der 1. Teil fragt nach dem Verlauf der Entwicklung vom Vielparteiensystem zur Einheitspartei und den dabei wirksamen Zusammenhängen. Mahiou räumt den Irrtum aus, die Einheitspartei sei im „Kampf“ um die Unabhängigkeit entstanden, während tatsächlich erst der Erwerb der Macht durch die Erlangung der Unabhängigkeit und die Möglichkeit ihrer unbeschränkten Ausübung es den Regierungsparteien und ihren Führern erlaubten, die gegebenen Institutionen zu gebrauchen oder umzuformen, um ihre Stellung unter Ausschluß der Oppositionsparteien zu festigen. Der Weg führte vom verfassungsgemäßen Ausgangspunkt des Vielparteiensystems über gelegentliche Ansätze zu einem Zweiparteiensystem, über Koalitionen und Parteizusammenschlüsse (*l'union nationale, parti unifié*) zur Einheitspartei. Unter den friedlichen Mitteln zur Elimination der Opposition widmet Mahiou den Modifikationen des Wahlverfahrens die größte Aufmerksamkeit. Ein ganzes Arsenal formell legaler Zwangsmaßnahmen wird überwiegend in der letzten Etappe der Entwicklung eingesetzt.

Der 2. Teil des Werkes untersucht die Wechselwirkungen zwischen der Ausbildung des Einparteiensystems und den drei großen Aufgaben, die den jungen Staaten Afrikas gestellt sind: der nationalen Integration, des Aufbaues einer

wirksamen staatlichen Organisation und der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Verfasser zeigt, wie die Bedürfnisse der afrikanischen Staaten zur Entwicklung des Einparteiensystems geführt haben, ohne daß die „parti unique“ die ihr zugedachten Funktionen immer erfüllt hätte.

Er kann zwar feststellen, daß es der Einheitspartei durch die Monopolisierung der großen Themen des afrikanischen Nationalismus gelungen ist, den den Bestand des Staates bedrohenden zentrifugalen Kräften das Zusammengehörigkeitsgefühl entgegenzusetzen, das aus dem Bewußtsein einer gemeinsamen Bestimmung in den künstlichen, von den Kolonialmächten ererbten Grenzen resultiert. Ungelöst bleibt aber das von Mahiou ausführlich erörterte Problem der Opposition, die — durch das Verbot nicht aus der Welt geschafft — in neuer Gestalt, in den Gewerkschaften, unter den Studenten, in der Armee, den Anspruch der Einheitspartei, die Nation zu verkörpern, in Frage stellt.

Als ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung des Verhältnisses der Einheitspartei zu Parlament, Regierung und Verwaltung, insbesondere an Hand der Beispiele Guineas und des Senegals, kann Mahiou das sich in zahlreichen Verfassungsreformen spiegelnde Bestreben herausstellen, das Primat der Partei gegenüber den Organen des Staates durchzusetzen und durch ihren dementsprechenden Ausbau eventuelle Rivalitäten zu unterbinden. Uneingeschränkte Führung sichert der Einheitspartei die Personalunion von Partei und Staatshaupt. Die Analyse des Phänomens des „leader national“, auf das engste mit der Ausbildung des Einparteiensystems verbunden, deckt dessen größte Schwäche auf. Im Widerspruch zu dem offiziell propagierten Kollegialitätsprinzip weist auch die Einheitspartei eine der staatlichen Verfassung ähnelnde Hierarchisierung der Gewalten auf. Diese Konzentration aller Machtmittel in der Hand des Staatshaupts steigert den vielen Regierungssystemen der Gegenwart gemeinsamen Zug zur Personalisierung der Herr-

schaft auf Grund der besonderen Eigenschaften des Entwicklungslandes zur persönlichen Herrschaft und zum Personenkult. In dem Umfang aber, als das Ausmaß der Loyalität gegenüber Partei, Staat und Nation von dem persönlichen Prestige des Staatsoberhauptes bestimmt wird, entscheiden seine persönlichen Geschicke das Schicksal der Institutionen. Diese Schwäche des Systems wiegt um so schwerer, als auch die Grundlagen der Partei keine Stabilität verbürgen.

Der Verfasser neigt deshalb zu der Auffassung, daß der Fortbestand des Einparteiensystems in seiner derzeitigen Gestalt befristet ist, zumal die Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet vielfach ausgeblieben sind oder das erwartete Ausmaß bei weitem nicht erreicht haben.

Der 3. Teil ist ganz der gegenwärtigen Gestalt und aktuellen Bedeutung der afrikanischen Einheitspartei gewidmet. Mahiou zeigt, daß die afrikanische Einheitspartei nicht den westlichen Parteien autoritären und totalitären Typs und auch nicht den kommunistischen Parteien ähnelt. Sie entzieht sich den eingeführten Instrumenten der Analyse, die nach Organisation, Funktion, sozialer Basis und Ideologie fragt. Es stellt sich heraus, daß das äußere Erscheinungsbild einer monolithischen und totalitären Partei dem wirklichen Charakter der Einheitspartei nicht entspricht. Hinter den anspruchsvollen Statuten, Texten und Verlautbarungen der Führer offenbart sich eine Organisation mit zahlreichen profunden Schwächen, die der „parti unique africain“ typische Züge verleihen. Ihr Wesen aber bleibt undeutlich. Im Hintergrund zeichnet sich die Ausbildung einer führenden Gesellschaftsschicht ab, einer „bourgeoisie de la fonction publique“, die sich zahlreicher Privilegien erfreut und in zunehmenden Gegensatz zur übrigen Gesellschaft gerät.

In den Äußerungen afrikanischer Politiker erschien die Einheitspartei gelegentlich als das Wundermittel, geeignet, die Probleme Afrikas zu lösen, und auch in der wissenschaftlichen Literatur

konnte es eine Zeit lang als modern gelten, das Einparteiensystem in Afrika zu preisen. Mahious Arbeit zeigt uns ein Regime, das den Erwartungen nicht entspricht. Es ist stärker, als seine praktischen Resultate vermuten lassen; aber zu schwach, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Aus dieser Sackgasse der Entwicklung kann auch das Militärregime nicht führen; der Staatsstreich allein löst jedenfalls noch nicht die Probleme, er vergrößert nur die Instabilität. Eine Zukunft verheißen dem afrikanischen Einparteiensystem die Erneuerung der Partei, der Ausbau der staatlichen Institutionen, der Entwurf einer weitschauenden Entwicklungsstrategie und, vor allem anderen, die Mobilisierung der Bevölkerung, als dem eigentlichen Träger der Entwicklung.

Hartwig Rogge

GÜNTER KAHLE

Militär und Staatsbildung in den Anfängen der Unabhängigkeit Mexikos

267 S., Lw. DM 36,—

Böhlau Verlag Köln Wien 1969

So verschieden die lateinamerikanischen Staaten im einzelnen sind, so sehr gibt es grundsätzliche Gemeinsamkeiten aus ihrer indianischen und kolonialiberischen Geschichte sowie nicht zuletzt aus den Umständen, unter denen die Staaten vor rd. 150 Jahren die Selbständigkeit erlangten. Die geistigen Grundlagen sind weitgehend für alle diese Länder gleich oder ähnlich, was vornehmlich für Spanischamerika gilt. In allen Ländern spielt auch heute noch das Militär eine ihm an sich nicht angemessene politische Rolle. In fast allen Ländern herrscht politische Unstabilität, Fortdauer der halbkolonialen Wirtschaftsstruktur und ein staatliches und verhärtetes oligarchisches Sozialgefüge, in dem immer noch der überwiegende Teil des Volkes abseits steht und an dem nominellen demokratischen Prozeß nicht teilnimmt.

Zu der Problematik der Entstehung der heutigen selbständigen Staaten aus dem